



Den politischen Roll-Back stoppen: Wir haben Besseres vor!

Zum Hochschulgesetzentwurf der schwarz-gelben Landesregierung in NRW

„Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat bei einem Besuch in den USA ein Bekenntnis zu deutlichen Aufstockungen im deutschen Verteidigungshaushalt abgelegt. Die Bundesregierung habe das 2014 mit den Nato-Partnern vereinbarte Ziel, einen Wehretat von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu erreichen, ‚weiter fest im Auge‘, sagte von der Leyen in Washington.“

„Von der Leyen bekennt sich bei USA-Besuch zu deutlicher Aufstockung von Wehretat“, Donaukurier, 21. Juni 2018.

„Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach. Das Nähere zur Umsetzung dieses Auftrags regelt die Grundordnung.“

Aus dem aktuell geltenden Hochschulgesetz in NRW von 2014.

Die Studierendenbewegung hat sich in NRW über Jahre für eine Wissenschaft engagiert, die sich einer friedlichen Entwicklung der Welt verpflichtet – statt für die Kriegspolitik und die Rüstungsindustrie eingespannt zu werden. Er kämpft ist, dass diese Aufgabe seit 2014 als „Zivilklausel“ im NRW-Hochschulgesetz sowie in den Grundordnungen aller Hochschulen in NRW festgeschrieben ist.

Das Engagement für sinnvolle Arbeit und zivile Wissenschaft zeigt Wirkung und steht den massiven Aufrüstungsplänen von Trump bis von der Leyen im Weg: Schon 2014 hatte sich die Rüstungsindustrie beschwert, dass sich „die Bedingungen für die Industrie durch die Ausgrenzung militärischer Forschung durch Erfolge der Zivilklauselbewegung an manchen Hochschulen verschlechtert“ hätten. Behindert wird durch eine aufklärende, menschenzugewandte und kritische Wissenschaft: das Ziel der Nato, 2 Prozent des BIP für Aufrüs-

tung auszugeben, womit die derzeitigen Ausgaben für Militär und Rüstung verdoppelt werden sollen. Ebenso erschwert werden die aktuellen Pläne von einigen EU-Staaten, die Investitionen für Rüstungsforschung auf 2 Prozent des Verteidigungsetats zu erhöhen. Das würde für die BRD heute bedeuten, dass knapp eine Milliarde Euro pro Jahr in Rüstungsforschung fließen würde.

Wenn also die schwarz-gelbe Landesregierung nun einen Entwurf für ein neues Hochschulgesetz vorlegt, bei dem unter anderem die Zivilklausel gestrichen werden soll – und dies als Stärkung der „Hochschulfreiheit“ verkauft wird – dann geht es ausschließlich um die „Freiheit“ der Industrie, neuen Einfluss auf die Hochschulen zu erlangen. Diese politisch beabsichtigte Unterwerfung der Hochschulen unter partikuläre Verwertungsinteressen verträgt sich allerdings schlecht mit demokratischer Partizipation und Engagement. Deswegen plant

Unsere wöchentlichen Treffen

Dienstags, 19:30 Uhr in der StAVV-Garage auf dem Campus der Humanwissenschaftlichen Fakultät. Sie ist ein kleiner Anbau rechts neben dem Haupteingang des Gebäudes 213 (Frangenheimstr. 4).

4. Juli, 13:00 Uhr im Fakultäts-sitzungssaal der WiSo-Fakultät (Raum 20)

Senatssitzung zum Hochschulgesetzentwurf

In der öffentlichen Senatssitzung wird diskutiert, wie die Uni zum Hochschulgesetzentwurf Stellung bezieht. Kommt zahlreich!

Für eine Welt ohne Nuklearwaffen

Mit dieser Mitgliederinitiative wird der Senat der Uni Köln aufgefordert, für die Ächtung von Atomwaffen öffentlich Stellung zu beziehen. Alle Mitglieder der Uni Köln sind aufgefordert, sich an der Mitgliederinitiative zu beteiligen:

<http://fs-physik.uni-koeln.de/mitgliederinitiative-nuklearwaffen>

Schwarz-gelb im Gesetzentwurf zur Hochschulreform ebenso einen erheblichen Abbau inneruniversitärer Demokratie und erhebliche Verschlechterungen der Arbeits- und Studienbedingungen:

- Innerhalb der Hochschulen sollen die Befugnisse des „Hochschulrats“ gestärkt werden. Der Hochschulrat ist ein von CDU/FDP 2007 geschaffener „Aufsichtsrat“, der vorrangig mit Vertretern von Eliten aus der Wissenschaft und auch der Wirtschaft besetzt ist. (An der Uni Köln sind unter anderem Vertreter von Bayer und der Telekom im Hochschulrat – Gewerkschaftsvertreter sind nicht zu finden.) Gleichzeitig sollen die seit 2014 verbesserten Mitspracherechte von Studierenden wie Kolleginnen und Kollegen in Lehre, Technik und Verwaltung in Hochschulgremien nur noch „optional“ sein. Zukünftig ebenso optional sein soll der zur Hälfte mit Studierenden besetzte Studienbeirat, der wesentlich bei der Gestaltung der Studiengänge mitwirkt, sowie die SHK-Räte, eine Art Personalräte für studentische Hilfskräfte.
- Engagement von Studierenden wird zudem erschwert, indem die Einführung von „Studienverlaufsvereinbarungen“ ermöglicht wird. Studierende könnten damit gezwungen werden, Vereinbarungen über den Verlauf des Studiums zu unterschreiben, bei deren Nicht-Einhaltung die Exmatrikulation droht. Der Druck für ein gehetztes Studium würde dadurch verstärkt. Die Rechte der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und der MitarbeiterInnen in Technik und Verwaltung werden ebenso geschwächt, indem der Kodex „Gute Arbeit“ abgeschafft werden soll.

Bisher sind die Bemühungen von Schwarz-gelb für eine Entpolitisierung und Ökonomisierung der Hochschulen nach hinten losgegangen. Sie sind mit gründlicher Kritik, verstärktem Engagement und neu gefassten Ansprüchen an ein sinnvolles Studium, eine verantwortliche Universität und eine friedliche und solidarische Welt beantwortet worden. (Die Stellungnahmen aus den unterschiedlichen Bereichen der Uni können nachgelesen werden unter www.uni-aktionsbuendnis.de.)

Das Engagement für eine bessere Welt ist auch Aufgabe der Wissenschaft und die Perspektive und Alternative zu der reaktionären und menschenverachtenden Politik der Aufrüstung, des Krieg und der Bekämpfung von Geflüchteten statt von Fluchtursachen. Eben das fürchten Rüstungsindustrie, CDU und FDP: eine Bevölkerung, die für den Frieden die Politik in die eigenen Hände nimmt.

Damit in diesem Sinne an den Hochschulen gemeinsam gelernt werden kann, braucht es statt der Pläne der Landesregierung: Die öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen, demokratisch organisierte Hochschulen mit gleichberechtigter Partizipation aller Mitgliedergruppen, die soziale Öffnung des Studiums für alle – sowie Arbeits- und Studienbedingungen, die der Gesundheit, der Motivation und dem Erkenntnisinteresse aller Beteiligten zuträglich sind, statt diese zu unterminieren. Die Friedensklausel muss im Hochschulgesetz erhalten bleiben. Denn eine solche gesetzliche Verankerung nimmt auch die Landesregierung in die Verantwortung, die Hochschulen zur Verwirklichung gesellschaftlich verantwortlicher Bildung und Wissenschaft mit den erforderlichen – auch finanziellen – Rahmenbedingungen auszustatten.

Das gemeinsame Lernen und Eingreifen für die positive Entwicklung der Gesellschaft ist Grundlage einer lebendigen Demokratie, der Verbesserung unserer aller Lebensbedingungen und gegen die AfD und allem überall zu verallgemeinern. Die Aktivitäten gegen das geplante Hochschulgesetz und die Einführung von Studiengebühren gegen Nicht-EU-Studierende sind Teil davon. Beteiligt euch daran!

„Demnach ist Wissenschaft quasi als solche Kritik und Selbstkritik: Aber nicht die konkurrenzbestimmte profilierungssüchtige Kritik vieler bürgerlicher Intellektueller, sondern eine Kritik zur Durchsetzung des menschlichen Erkenntnisfortschritts im Interesse aller Menschen gegen die bornierten Interessen der Herrschenden an der Fortdauer menschlicher Fremdbestimmung und Unmündigkeit.“

Klaus Holzkamp: „Theorie und Praxis im Psychologiestudium“, Forum Kritische Psychologie, Heft 12, 1983.

Der Wendepunkt ist eine Hochschulgruppe, in der sich linke SozialdemokratInnen und weitere Aktive engagieren.

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19:30 Uhr in der StAVV-Garage. Die StAVV-Garage befindet sich auf dem Campus der Humanwissenschaftlichen Fakultät. Sie ist ein kleiner Anbau rechts neben dem Haupteingang des Gebäudes 213 (Frangenheimstraße 4).

6/2018 – V.i.S.d.P.: Wendepunkt – Sozialisten und weitere Aktive an der Uni Köln, % Peter Förster, Marienstr. 3d, 50825 Köln